



## Niederschrift

48. Plenarsitzung Gemeinderat  
20. März 2018, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

10.

### **Punkt 10 der Tagesordnung: Beteiligung der Stadtwerke Karlsruhe GmbH an der EOS Windenergie GmbH & Co. KG (Windpark Riedelberg II bei Zweibrücken) Vorlage: 2018/0067**

#### **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat stimmt der Beteiligung der Stadtwerke Karlsruhe GmbH an der EOS Windenergie GmbH & Co. KG durch Erwerb eines 100%-igen Kommanditanteils zu einem voraussichtlichen Kaufpreis von 4,15 Mio. Euro, ausgehend von einem Working Capital von 700.000 Euro zum 31.12.2017, zu. Bei einem abweichenden Working Capital zum Stichtag verändert sich der Kaufpreis entsprechend.
2. Der Gemeinderat stimmt der Beteiligung der SWK-Regenerativ-Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) ohne Kapitalanteil an der EOS Windenergie GmbH & Co. KG zu.
3. Der Gemeinderat ermächtigt den Vertreter der Stadtwerke Karlsruhe GmbH in der Gesellschafterversammlung der EOS Windenergie GmbH & Co. KG die zur Umsetzung der Beschlüsse erforderlichen Entscheidungen und Maßnahmen herbeizuführen und die erforderlichen Erklärungen abzugeben.
4. Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss des als Anlage (*der Vorlage*) beigefügten Gesellschaftsvertrags der EOS Windenergie GmbH & Co. KG durch den Vertreter der Stadtwerke Karlsruhe GmbH in der Gesellschafterversammlung der EOS Windenergie GmbH & Co. KG zu. Der Gemeinderat ist damit einverstanden, dass noch Anpassungen des Gesellschaftsvertrags, welche nicht grundsätzlicher Art sind, vorgenommen werden dürfen.
5. Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Karlsruhe wird mit der örtlichen Prüfung im Sinne von § 112 Abs. 2 Nr. 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg bei der EOS Windenergie GmbH & Co. KG beauftragt.

**Abstimmungsergebnis:**

Bei 40 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 10 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wie Sie wissen, haben wir von der AfD, seit wir hier im Gemeinderat sind, bei diesen Projekten immer widersprochen und immer dagegen gestimmt. Dieser Tradition bleiben wir heute auch treu.

Wir haben jedes Mal auf die Risiken bei Windparks hingewiesen, insbesondere die hohen Risiken bei Binnenwindparks mit ihrer eingeschränkten Windhöfigkeit, wie es hier auch der Fall ist. Wir haben darauf hingewiesen, dass es bei Investitionen der öffentlichen Hand, also wie bei der Stadt auch, nicht erstrebenswert ist, wenn sich diese nur dadurch lohnen, dass die privaten Verbraucher mehr Geld zahlen müssen. Das ist hier der Fall. Durch die Windkraft und durch die Photovoltaik, durch den Betrieb dieser beiden Arten der Stromerzeugung, wird die EEG-Umlage, die Umlage für die erneuerbaren Energien, hochgehalten. Wir sind in Deutschland bereits in der Situation, dass der Endverbraucher mehr für die Steuern und Abgaben zahlt mit seiner Stromrechnung, als für die Erzeugung, Verteilung und Abrechnung des Stroms. Mehr als die Hälfte des Strompreises besteht aus Steuern und Abgaben. Der größte Teil ist die EEG-Umlage, die wir als Stadt Karlsruhe mit diesen Projekten weiter in die Höhe treiben bzw. sicherstellen, dass sie hoch bleibt. Das lehnen wir ab. Deswegen sind wir dagegen.

Wir wollen aber darauf hinweisen, dass Windkraftanlagen nur etwa 2.000 Stunden im Jahr produzieren von den 8.000 Stunden des Jahres. Da wir aufgrund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes keine weiteren Speicher dazu bauen, denn durch die Photovoltaik lohnt sich der Bau weiterer Pumpspeicherkraftwerke nicht, müssen wir für jedes Windkraftwerk ein konventionelles Kraftwerk vorhalten, was die restlichen 6.000 Stunden des Jahres abdeckt. Einfach, damit wir uns auf die Stromproduktion verlassen können. Diese erneuerbare Energie kommt zusätzlich zu den konventionellen Kraftwerken, die weiterhin verfügbar bleiben müssen. Dadurch, dass diese gedrosselt werden für die Zeit der Stromerzeugung durch die erneuerbaren, wird der Strom, den sie erzeugen, in der restlichen Zeit teurer, also ein weiterer Grund, weshalb der normale Verbraucher durch solche Projekte weiter belastet wird. – Soweit das Grundsätzliche.

Bei diesem Projekt ist es aber so, dass man sich fragen muss, warum bekommen wir das eigentlich angeboten. Wenn alles so lohnend ist, wieso wird es dann verkauft? Ich denke, dass es daran liegt, dass die voraussichtliche Gesamtkapitalrendite nur 4,3 % beträgt. Für viele Firmen ist das einfach nicht hoch genug. Ich denke, für uns als Stadt Karlsruhe sollte es auch nicht hoch genug sein. Denn es ist nicht so, dass wir das bekommen wie Zinsen vom Sparbuch, sondern wir haben hier ein Industrieprojekt, eine Industrieanlage, die weitere 16 Jahre Strom produzieren muss in einem gewissen Umfang, d. h., wir wetten auf den Wind. Wir müssen also über die restlichen 16 Jahre so viel Strom produzieren, dass am Ende diese Rendite auch heraus kommt. Wenn wir weniger Wind haben oder wenn der Wind stärker wird, so dass die Anlage abgeschaltet werden muss, bedeutet weniger Wind weniger Strom, bedeutet weniger Rendite. Dann ist die Renditeerwartung hinfällig.

Zum anderen haben wir darauf hingewiesen, auch schon in der Hauptausschuss-Sitzung, das will ich jetzt gerne öffentlich wiederholen, dass wir es für riskant halten, so ein Projekt zu übernehmen, ohne dass geklärt ist, was am Ende bezahlt werden muss für den Rückbau und für die Entsorgung. Denn der findet erst in 16 Jahren statt. Wir können uns nicht vorstellen, dass bereits in den lediglich vier Jahren des bisherigen Betriebs alle Rückstellungen gebildet wurden, die für die Entsorgung und den Rückbau in 16 Jahren fällig werden. Deswegen glauben wir nicht, dass diese Aussage von 4,3 % zutreffend ist, wenn man die Entsorgung und die Rückbaukosten, die noch bevorstehen, miteinrechnet. Deswegen können wir aus all diesen Gründen nur dagegen stimmen und werden es ablehnen.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abstimmung. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten  
10. April 2018